

Städte sind keine Inseln

Kommentar zu „Politische Theorie für das urbane Zeitalter“ von Verena Frick

*Dirk Jörke**

Verena Frick weist in ihrem Beitrag auf die wachsende Bedeutung von (großen?) Städten hin und fordert von der Politischen Theorie, dass diese sich stärker mit der lokalen Ebene der Politikgestaltung und deren demokratischen Potentialen beschäftigen soll. In der Tat leben immer mehr Menschen in Städten. Auch stimme ich darin mit ihr überein, dass die Politische Theorie und insbesondere die Demokratietheorie den städtischen Raum in den vergangenen Jahrzehnten nicht hinreichend beachtet hat – eine bekanntere Ausnahme findet sich bei Barber (2013). Während nämlich eine intensive Debatte über die Möglichkeiten der Demokratisierung supranationalen oder gar globalen Regierens – wenn auch mit wachsender Ernüchterung – geführt wurde, ist die lokale Ebene bislang nur spärlich demokratietheoretisch diskutiert worden. Insofern ist der Argumentation von Verena Frick grundsätzlich zuzustimmen. Demokratie findet auch auf der lokalen Ebene statt und das vielleicht im zunehmenden Maße.

Zugleich wird nicht völlig klar, welches Gewicht Verena Frick dem städtischen Raum gegenüber der regionalen, der nationalstaatlichen und der suprastaatlichen bzw. globalen Ebene zugestehen möchte, etwa mit Blick auf die Steuergesetzgebung, die Energieversorgung oder auch die Regulierung der Kapitalzu- und abflüsse. Auch über die Einbindung in die anderen Ebenen des Regierens, etwa im Rahmen föderaler Arrangements oder vielleicht auch rätendemokratischer Institutionen, erfahren wir wenig. Auf diese und ähnliche Einwände würde Verena Frick vermutlich antworten, dass eben dies Gegenstand des von ihr skizzierten Forschungsprogramms sei. Gerade aus ideengeschichtlicher Perspektive dürfte dieses ergiebig sein, man denke nur an Autoren wie Althusius und seinen Überlegungen zur Konsoziation oder auch an Gustav Landauers Plädoyer für einen „radikalen Föderalismus“. Hier sind in der Tat noch einige Schätze für die politikwissenschaftliche Forschung wieder aus dem ideenhistorischen Archiv hervorzuholen. Allerdings habe ich Zweifel, ob diese Fundstücke aus dem Archiv denn auch für das politiktheoretische Laboratorium (Münkler) oder Arsenal (Llanque) geeignet sind. Aus meiner Sicht sprechen mindestens drei Argumente gegen zu hohe demokratietheoretische Erwartungen an die Stadt.

* Dirk Jörke, TU Darmstadt
Kontakt: joerke@pg.tu-darmstadt.de

Das erste Argument wird von Verena Frick mit Verweis auf Robert Dahls diagnostiziertes „Dilemma der Größe“ (Dahl / Tufto 1973) selbst adressiert. Dabei geht es um die Frage, was auf der lokalen Ebene tatsächlich kollektiv entschieden, verbindlich geregelt und effektiv umgesetzt werden kann. Normativ ist es sicherlich zu begrüßen, wenn Städte sich als Träger von „kosmopolitischen Werten von Freiheit, Demokratie, Nachhaltigkeit, postnationaler Solidarität und offenen Grenzen“ verstehen und durch entsprechende Verlautbarungen inszenieren, etwa, wenn Metropolen in Osteuropa einen „Pakt der freien Städte“ verkünden oder sich US-amerikanische Städte weiterhin zu den Zielen des Pariser Klimaschutzabkommens bekennen. Zu fragen ist jedoch, welche Möglichkeiten Städte besitzen, es eben nicht bei diesen symbolischen Aktionen zu belassen. Es soll dabei gar nicht grundsätzlich bezweifelt werden, dass Städte über gewisse Handlungsspielräume verfügen, nicht zuletzt im Bereich der „grünen Transformation“, etwa bei der Parkraumbewirtschaftung, bei der Vergabe von Baugrundstücken oder auch bei der energetischen Sanierung kommunaler Gebäude. Das ist nicht nichts und in diesen Bereichen ist in den vergangenen Jahren viel geschehen. Zugleich verfügen Städte auch in der Umweltpolitik nur über einen begrenzten Handlungsspielraum und sind Dynamiken ausgesetzt, die sie nur bedingt beeinflussen können. Das trifft besonders auf den Klimawandel zu, für den es ganz sicher globaler Lösungen und wahrscheinlich auch einer grundlegenden Veränderung unseres Lebensstils bedarf.

Ein weiteres einschlägiges Beispiel für die begrenzte Handlungsmacht der Kommunen ist der Wohnungsmarkt. Gerade in den von Verena Frick in das Zentrum gestellten Metropolen – den „global cities“ – hat in den letzten Jahren eine sehr starke Preissteigerung stattgefunden. Zugleich ist die Handlungsmacht der Städte, diese Entwicklung zu begrenzen, eher als gering einzustufen, wie sich aktuell in Berlin beobachten lässt. Es ist wahrscheinlich, dass der dort beschlossene „Mietendeckel“ vom Bundesverfassungsgericht, also einer nationalstaatlichen Instanz, spätestens aber vom Gerichtshof der Europäischen Union einkassiert werden dürfte. Eine wirkliche Steuerung der Preisentwicklung müsste auch die Kapitalflüsse begrenzen können, denn vor allem Immobilien großer Metropolen erweisen sich als begehrte Objekte internationaler Anleger. Doch zu einer Kontrolle oder auch Begrenzung dieser Kapitalbewegungen sind die Städte zumindest aktuell nicht in der Lage. Hier greift mit Blick auf Deutschland europäisches Recht (insbesondere Artikel 63 AEUV). Auf einer fundamentaleren Ebene ist nicht zuletzt eine demokratiereverträgliche Antwort auf die globale Dynamik der Kapitalkonzentration, wie sie eindrucksvoll von Thomas Piketty (2014; 2021) beschrieben worden ist, zu finden. Denn dieser globalen Dynamik sind die Städte entweder weitgehend schutzlos ausgeliefert, oder aber sie buhlen um die internationalen Kapitalanleger und befinden sich in der Konsequenz in einem nationalen wie globalen Standortwettbewerb. Beides sind nicht gerade rosige Aussichten für demokratische Prozesse. Zumindest müsste eine demokratiethoretische Adaption der Städte zeigen, wie das „Marktvolk“ (Streeck 2013) demokratisch (wieder) eingebunden werden könnte. Allerdings habe ich starke Zweifel, dass sich dies allein auf lokaler Ebene bewerkstelligen ließe.

Zweitens ist es meines Erachtens bezeichnend, dass in dem Text von Verena Frick vor allem Metropolen wie Budapest, Prag, London oder Tokio erwähnt werden. Was aber ist mit den kleineren Städten wie Castrop-Rauxel, Wreschen oder Blackburn, also Städten mit einer Einwohnerzahl zwischen 40.000 und 150.000, in denen aber insgesamt viele Menschen leben? Auch dort sind sicherlich Formen kommunaler Demokratie denkbar und in den vergangenen Jahren hat es auch in mittelgroßen Städten eine Vielzahl von demo-

kratischen Innovationen gegeben, doch insgesamt handelt es sich bei nicht wenigen von ihnen um Zonen des wirtschaftlichen Niedergangs und der Abwanderung. Und wie sieht es mit noch kleineren Städten oder gar dem ländlichen Raum aus? So sind bei der Diskussion über die Erfolge rechtspopulistischer Parteien gerade der ländliche Raum und die kleinen bis mittelgroßen Städte als anfällig ausgewiesen worden (vgl. etwa Guilly 2015; Hochschild 2017). Wäre es aus einer demokratietheoretischen Perspektive nicht dringender, diesen Räumen besondere Aufmerksamkeit zu schenken?

Hinzu kommt, dass Entscheidungen auf der Ebene der großen Städte auch zu Lasten der kleinen Städte oder des ländlichen Raumes gehen können. Ein anschauliches Beispiel hierfür ist die Verkehrspolitik, etwa der Ausbau des Radwegenetzes auf Kosten des Autoverkehrs, wie er gegenwärtig in vielen größeren Städten erfolgt. Davon profitieren jene Menschen, die in den Zentren der Städte wohnen und ihre Strecken größtenteils mit dem Fahrrad bewältigen oder auf den öffentlichen Nahverkehr zurückgreifen können. PendlerInnen aus der Peripherie müssen demgegenüber mit längeren Arbeitswegen rechnen. Auch der Ausbau der grünen Energie erfolgt zumindest teilweise zu Lasten des ländlichen Raumes, etwa mit Blick auf Windräder, die nicht in den begehrten Vierteln der großen Städte stehen. Hier sind politische Prozesse erforderlich, die die Interessen aller Betroffenen einbeziehen, um Lösungen zu Lasten Dritter zu vermeiden.

Schließlich ist drittens nach den sozialen Voraussetzungen kommunaler Demokratie zu fragen. Aus der Partizipationsforschung wissen wir, dass gerade neue, anspruchsvolle Verfahren der BürgerInnenbeteiligung einen hohen sozialen Bias aufweisen (vgl. Schäfer 2015; Elsässer 2018). Hinzu kommt, dass die Beteiligung, selbst bei Wahlen, gerade auf der kommunalen Ebene erheblich geringer ausfällt, als dies auf der nationalstaatlichen Ebene der Fall ist. Es steht also zu befürchten, dass die Ausweitung von kommunalen Beteiligungsrechten die bereits bestehende Kluft zwischen jenen Menschen, die politisch engagiert sind und jenen, die aufgrund ihrer sozialen Lage mehrheitlich zu Passivität neigen, zusätzlich vertieft. Zudem ist es gerade in den großen Städten in den vergangenen Jahren zu einer immensen Segregationsdynamik gekommen (vgl. Häußermann / Kronauer 2009), die sich nicht nur auf dem Wohnungsmarkt, sondern eben auch im Bildungssektor und in den politischen Einstellungen beobachten lässt. Hartmut Rosa spricht daher völlig zu Recht von einem „dramatische[n] Strukturwandel der Öffentlichkeit“ infolge der „immer rigorosere[n] Trennung der Lebenswelten“ (Rosa 2019: 185; vgl. Reckwitz 2018). Verena Frick benennt zwar durchaus diese demokratiezersetzenden Entwicklungen – freilich ohne sie explizit an städtische Räume zu binden –, doch bleibt sie eine Antwort auf die Frage schuldig, wie gerade die Städte die entsprechenden soziostrukturellen und räumlichen Dynamiken stoppen könnten. Sie behauptet stattdessen, dass „Städte heute offenbar das demokratische Versprechen kollektiver Handlungsfähigkeit verbunden mit einer partizipativen und responsiven Politik verkörpern und es zugleich an einen konkret erfahrbaren politischen Raum binden“.

Die Gefahr, die ich in einer Aufwertung kommunaler Formen der Demokratie demgegenüber sehe, ist, dass diese Segregationstendenzen dadurch verschärft werden und die Interessen sowie auch die Wertvorstellungen jener Menschen, die nicht in den begehrten Vierteln der großen Städte leben, dabei noch mehr aus dem Fokus geraten könnten, als es ohnehin schon der Fall ist. Überspitzt formuliert würde das zu einer Transformation von der von Verena Frick im Anschluss an Wolfgang Merkel (2016) beklagten „Zweidrittel-demokratie“ zu einer „Eindrittel-demokratie“ führen, eben zugunsten der von Andreas Reckwitz (2018) beschriebenen akademischen Mittelklasse. Dem sollte die Demokra-

tietheorie nicht das Wort reden, zumindest aber sollte sie aufzeigen, wie die von ihr vorgeschlagenen konzeptionellen Weichenstellungen der Gefahr begegnen können, lediglich eine weitere Karte im „postdemokratischen Diskursquartett“ (Blühdorn 2016), also Teil einer weitgehend selbstreferentiellen „kommunikativen Praxis in der simulativen Demokratie“ – so der Untertitel des lesenswerten Aufsatzes von Ingolfur Blühdorn – zu sein.

An dieser Stelle lohnt sich ein intensiverer Blick in das Werk von John Dewey, der von Verena Frick zu Recht als Fürsprecher einer lokalen demokratischen Praxis zitiert wird und dessen Idee einer deliberativen oder auch kreativen Demokratie sich in den letzten Jahren einer gewissen demokratietheoretischen Beliebtheit erfreute. Nur ist Dewey dabei nicht stehen geblieben: Bereits in *Die Öffentlichkeit und ihre Probleme* hat er vor einer „religiösen Idealisierung und Verehrung des Eigentumsrechts“ gewarnt (Dewey 1996 [1927]: 144 f.). Und in seinen Schriften der 1930er Jahre plädierte er vor dem Hintergrund der Weltwirtschaftskrise für eine Sozialisierung wesentlicher Bereiche der Ökonomie, hier vor allem des Bereichs der Infrastruktur, des Bankensektors und der Schwerindustrie inklusive der Bodenschätze (vgl. Jörke 2021). Heute müsste man diese Liste um den Bereich des Wohnungswesens ergänzen. Auf der lokalen Ebene ist dieses Ziel einer umfassenden Demokratisierung von Wirtschaft und Gesellschaft freilich nicht zu realisieren.

Literatur

- Barber, Benjamin, 2013: *If Mayors Rule the World. Disfunctional Nations, Rising Cities*, New Haven / London.
- Blühdorn, Ingolfur, 2016: Das postdemokratische Diskursquartett. *Kommunikative Praxis in der simulativen Demokratie*. In: *psychosozial* 39, 51–68.
- Dahl, Robert A. / Edward Tufte, 1973: *Size and Democracy*, Stanford.
- Dewey, John, 1996 [1927]: *Die Öffentlichkeit und ihre Probleme*, Bodenheim.
- Elsässer, Lea, 2018: *Wessen Stimme zählt? Soziale und Politische Ungleichheit in Deutschland*, Frankfurt (Main) / New York.
- Guilluy, Christophe, 2015: Das periphere Frankreich: Soziologie und Geographie des Front National. In: Ernst Hillebrand (Hg.), *Rechtspopulismus in Europa. Gefahr für die Demokratie?*, Bonn, 107–114.
- Häußermann, Hartmut / Kronauer, Martin, 2009: Räumliche Segregation und innerstädtisches Ghetto. In: Rudolf Stichweh / Paul Windolf (Hg.), *Inklusion und Exklusion: Analysen zur Sozialstruktur und sozialen Ungleichheit*, Wiesbaden, 157–173.
- Hochschild, Arlie, 2017: *Fremd in ihrem Land. Eine Reise in das Herz der amerikanischen Rechten*, Frankfurt (Main) / New York.
- Jörke, Dirk, 2021: Deweys demokratischer Sozialismus. In: Felix Petersen / Martin Seeliger / Hauke Brunkhorst (Hg.), *Pragmatische Sozialforschung: Für eine praktische Wissenschaft gesellschaftlichen Fortschritts*, Stuttgart.
- Merkel, Wolfgang, 2016: Krise der Demokratie? Anmerkungen zu einem schwierigen Begriff. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 66 (40-42), 4–11.
- Piketty, Thomas, 2014: *Das Kapital im 21. Jahrhundert*, München.
- Piketty, Thomas, 2020: *Kapital und Ideologie*, München.
- Reckwitz, Andreas, 2018: *Die Gesellschaft der Singularitäten: Zum Strukturwandel der Moderne*, Berlin.
- Rosa, Hartmut, 2019: Demokratie und Gemeinwohl: Versuch einer resonanztheoretischen Neubestimmung. In: Hanna Ketterer / Karina Becker (Hg.), *Was stimmt nicht mit der Demokratie?*, Berlin, 160–188.
- Schäfer, Armin, 2015: *Der Verlust politischer Gleichheit. Warum die sinkende Wahlbeteiligung der Demokratie schadet*, Frankfurt (Main) / New York.
- Streeck, Wolfgang, 2013: *Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus*, Berlin.